

Kommunale Energie- und Wasserversorgung im Fokus

Von Astrid Cullmann, Maria Nieswand, Caroline Stiel und Michael Zschille

Eine moderne Infrastruktur ist die Grundlage für Deutschlands Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Die öffentlichen und privaten Unternehmen in der Energie- und Trinkwasserversorgung tragen dazu entscheidend bei. Ihr Auftrag, eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und bezahlbare Versorgung mit Energie und Wasser sicherzustellen, berührt zentrale Lebensbereiche der BürgerInnen genauso wie die Produktionsbedingungen der Wirtschaft. Daher sind die Versorger ein wesentlicher Bestandteil des Gemeinwesens und der wirtschaftlichen Infrastruktur.

In den 90er Jahren haben viele öffentliche Eigentümer, in der Regel Kommunen, versucht, durch Privatisierungen den veränderten Anforderungen an die kommunale Versorgung mit Energie und Wasser – wie einem erhöhten Kostensenkungsdruck und verschärften Wettbewerbs- und Regulierungsvorschriften – gerecht zu werden. Die erwarteten Effizienzsteigerungen sowie Kosten- und Preissenkungen sind jedoch vielfach ausgeblieben. Hinzu kam zuletzt, dass BürgerInnen die lokale Politik offensichtlich wieder intensiver mitgestalten und Infrastrukturleistungen aus kommunaler Hand beziehen wollen. Sie trauen öffentlichen Unternehmen offenbar eher als privaten zu, langfristig richtige Entscheidungen zu treffen, die sich am Gemeinwohl orientieren. Vor dem Hintergrund auslaufender Konzessionsverträge sind in diesem Zusammenhang in jüngerer Zeit vermehrt (Re-)Kommunalisierungen zu beobachten; oft ist mittlerweile von einem Paradigmenwechsel die Rede. Städte und Gemeinden ziehen demnach in Betracht, die Energieversorgung wieder in die Hände öffentlicher Unternehmen zu legen. Die Städte Berlin und Hamburg sind zwei prominente Beispiele dafür. Doch gibt es einen bundesweiten Trend, oder handelt es sich um

Einzelfälle? Und wie sollte man (Re-)Kommunalisierungen grundsätzlich beurteilen? Diesen Fragen geht die vorliegende Ausgabe des DIW Wochenberichts nach.

Im Vergleich zum Energiesektor sind in der Wasserversorgung bislang nur wenige private Unternehmen tätig, daher ist die (Re-)Kommunalisierungsdebatte in diesem Bereich – abgesehen von einzelnen Beispielen wie Berlin – weniger stark ausgeprägt. Hier stellt sich vor allem die Frage nach Konsolidierungen des gesamten Sektors und speziell nach Kosteneinsparungen durch Fusionen von Wasserversorgungsunternehmen.

Zur Beantwortung der Fragen werden belastbare empirische Analysen benötigt. Flächendeckende Untersuchungen lagen für Deutschland bislang aber nicht vor. Daher hat das DIW Berlin im Rahmen des Projektes *Kommunale Infrastrukturunternehmen zwischen Energiewende und demografischem Wandel (KOMIED)* erstmalig verfügbare Mikrodaten der amtlichen Statistik der Energie- und Wasserversorgungsunternehmen ausgewertet.

Der erste Bericht dieser Ausgabe mit dem Titel „Trend zur (Re-)Kommunalisierung in der Energieversorgung: Ein Mythos?“ kommt zu dem Schluss, dass zwar ein zahlenmäßiger Anstieg der öffentlichen Unternehmen zu beobachten ist, von einem generellen Trend aber nicht die Rede sein kann, weil Zahl und Umsätze der privaten Unternehmen noch schneller steigen. Die zunehmende Bedeutung der öffentlichen Energiewirtschaft lässt sich daher eher mit einer generellen Neustrukturierung des Energiesektors während der letzten 15 Jahre begründen.

Der Beitrag „Keine Effizienzunterschiede zwischen öffentlichen und privaten Energieversorgungsunternehmen“ zeigt, dass öffentliche Unternehmen im Vergleich zu privaten ihre Leistung ebenso effizient bereitstellen – eine generelle Skepsis gegenüber Unternehmen in öffentlicher Hand scheint daher unangebracht. Sie sind Herausforderungen wie dem erhöhten Kostensenkungsdruck oder den verschärften Wettbewerbs- und Regulierungsvorschriften offenbar gewachsen.

Der dritte Bericht dieser Ausgabe mit dem Titel „Kaum Kostenvorteile durch Unternehmenszusammenschlüsse in der Trinkwasserversorgung“ kann vielfach unterstellte Vorteile der Zusammenlegung von Versorgungsgebieten nicht bestätigen. Die empirischen Ergebnisse deuten vielmehr auf deutliche Kostenvorteile lokaler Versorger hin. Eine flächendeckende Konsolidierung des Sektors ist auf Basis der Untersuchungsergebnisse damit nicht zu empfehlen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Marie Kristin Marten
Ilka Müller

Lektorat

Prof. Dr. Pio Baake
Hermann Buslei
Prof. Ronny Freier, Ph. D.

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.